



Regierungsrat

Luzern, 20. April 2021

STELLUNGNAHME ZU POSTULAT

P 478

Nummer: P 478
Eröffnet: 25.01.2021 / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement
Antrag Regierungsrat: 20.04.2021 / Ablehnung
Protokoll-Nr.: 480

Postulat Lipp Hans und Mit. über den Beitritt des Kantons Luzern zur Regierungskonferenz der Gebirgskantone

Der Erfahrungsaustausch mit anderen Kantonen und das Bündeln der Kräfte der Kantone und Regionen in Bezug auf die Zusammenarbeit mit dem Bund ist ein wichtiges Anliegen, für welches sich alle Departementsvorsteher bereits heute aktiv engagieren. Die Einsitznahme in gesamtschweizerische und insbesondere in regionale Regierungskonferenzen ist eine der zentralen Aufgaben der Regierungsräte.

Eine besonders enge Zusammenarbeit pflegen die Zentralschweizer Kantone Luzern, Obwalden, Nidwalden, Uri, Schwyz und Zug miteinander im Rahmen von verschiedenen Regierungskonferenzen. Bereits 1966 gründeten diese sechs Kantone die Zentralschweizer Regierungskonferenz (ZRK) als Plattform für die interkantonale Zusammenarbeit. Die Kantone Zürich und Aargau sind seit 2001 bzw. 2006 und der Kanton Tessin seit 2016 assoziierte Mitglieder der Konferenz. Die ZRK befasst sich mit dem gesamten Themenspektrum der kantonalen Aufgaben. Sie will:

- die gemeinsame Lösung öffentlicher Aufgaben durch die beteiligten Kantone fördern, wo die Aufgaben die Kräfte eines einzelnen Kantons übersteigen oder ihre Lösung durch einen einzelnen Kanton nicht zweckmässig ist;
- die Zusammenarbeit einzelner Verwaltungszweige koordinieren;
- in Fragen, welche für das ganze Konferenzgebiet bedeutsam sind, gegenüber dem Bund oder anderen Kantonen und Regionen eine gemeinsame Haltung der Kantonsregierungen herbeiführen;
- die Bestrebungen kommunaler und privater Organisationen zum Nutzen des Konferenzgebiets fördern.

Im Weiteren gibt es – sowohl auf gesamtschweizerischer als auch auf zentralschweizerischer Ebene – etliche Direktorenkonferenzen, die sich vertieft mit den Themen in ihrer jeweiligen Zuständigkeit auseinandersetzen und ein Netz der interkantonalen Koordination und Information bilden. Auf Zentralschweizerischer Ebene sind dies die folgenden Direktorinnen- und Direktorenkonferenzen:

- die Bildungsdirektoren-Konferenz Zentralschweiz, BKZ
- Zentralschweizer Bau-, Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz, ZBPUK
- die Zentralschweizer Finanzdirektorenkonferenz, ZFDK
- die Zentralschweizer Gesundheitsdirektorinnen- und -direktorenkonferenz, ZGDK
- die Zentralschweizer Konferenz des öffentlichen Verkehrs, ZKöV
- die Zentralschweizer Polizeidirektorinnen- und -direktorenkonferenz, ZPDK
- die Zentralschweizer Sozialdirektorinnen- und -direktorenkonferenz, ZSODK

- die Zentralschweizer Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz, ZVDK
- die Zentralschweizer Staatsschreiberkonferenz, ZSK

Wie der Postulant ausführt, beschäftigt sich die Regierungskonferenz der Gebirgskantone schweremässig mit Themen wie Raumordnung, Tourismus, Energie, Finanzen, Strassenverkehr, öffentlicher Verkehr, Berufsbildung, Ver- und Entsorgung, Telekommunikation usw. Zu diesen Themen tauscht sich insbesondere der Vorsteher des Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartements intensiv mit den Zentralschweizer Kantonen im Rahmen der ZBPUK, der ZVDK und der ZKöV aus. Der ZKöV steht er gar als Präsident vor. Auch der Austausch auf gesamtschweizerischer Ebene funktioniert hier über die Bau-, Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz (BPUK), die Energiedirektorenkonferenz (EnDK), Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz (VDK) und die Konferenz der kantonalen Direktoren des öffentlichen Verkehrs (KöV) sehr gut.

Wir erachten den Austausch des Kantons Luzern mit den anderen Kantonen über all die genannten Regierungskonferenzen als sehr wertvoll. Wir erachten diesen bereits bestehenden Austausch aber auch als ausreichend – sowohl in Bezug auf die genannten Themenbereiche als auch in Bezug auf die gleichgelagerten Interessen mit anderen Kantonen. Auch auf Fachebene findet bereits heute ein reger Austausch zwischen den Kantonen statt, insbesondere auch in einer Vielzahl von institutionalisierten Fachkonferenzen zu den oben genannten Themenfeldern. In der vom Postulanten angeregten Einsitznahme in die Regierungskonferenz der Gebirgskantone sehen wir keinen Mehrwert für den Kanton Luzern. Enge Kontakte zu den Gebirgskantonen pflegen wir bereits über die Zentralschweizer Konferenzen, aber auch darüber hinaus, in dem wir beispielsweise auch mit verschiedenen Bergbahnen direkt oder auch über Verbände in einem guten Austausch stehen. Nicht zuletzt ist zu berücksichtigen, dass die Einsitznahme in Regierungskonferenzen zwar wichtig, aber immer auch mit nicht zu vernachlässigenden – sowohl zeitlichen als auch finanziellen – Ressourcen verbunden ist. Auch aus diesen Überlegungen drängt sich unseres Erachtens die Einsitznahme in eine weitere Regierungskonferenz in Abwägung zum Mehrwert nicht auf.

Wir beantragen Ihnen daher, das Postulat abzulehnen.